

DIE ANGST PROTESTIERT MIT

EIN PORTRÄT VON ARMIN SIMON

DER «SCHÖNAUER STROMREBEL 2024» JAKOB SPRINGFELD KÄMPFT FÜR KLIMASCHUTZ, FÜR DEMOKRATISCHEN FREIRAUM – UND GEGEN RECHTS.

«Wir waren naiv», sagt Jakob Springfeld. «Aber es war auch cool, weil wir einfach gemacht haben.» Schülerstreiks für Klimaschutz, Kuchen verteilen in der City, um mit Passantinnen und Passanten ins Gespräch zu kommen, Demos für Demokratie und gegen rechts. Und natürlich Partys und Abhängen in der Stadt. In Zwickau, wo er aufgewachsen ist, das er seine Heimat nennt, das er liebt, auch wenn es irgendwie eine Hassliebe geworden ist. Die Stadt, die er, trotz allem, nicht aufgeben will. Und der er dennoch den Rücken gekehrt hat, erst einmal. So wie er auch sein eigentliches Thema, den Kampf für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit, ein Stück weit zurückstellt gerade. Notgedrungen, muss man sagen. Er trägt Kapuzenpulli, in Schwarz, immer noch, aber ohne «Refugees welcome»-Aufdruck. Weiße Sneaker, Brille, Schlabberhose, ebenfalls dunkel. Die Haare kurz, die Ohren darunter stehen ein bisschen ab. Ein weiches, junges Gesicht, trotz der Bartstoppel. Alles ziemlich unauffällig.

Unbehelligt bleiben – jedenfalls von Rechten

Das könnte auch Absicht sein. Jakob Springfeld steht eigentlich gern im Rampenlicht, es sei «aufregend, fordernd, immer aufs Neue eine Gelegenheit, über sich selbst hinauszuwachsen», hat er es einmal formuliert. Er tourt seit Monaten durch Deutschland, hält Vorträge, gibt Lesungen und Interviews. Im Jahr 2020 erhielt er den Theodor Heuss Preis für besonderes Engagement für Demokratie und Bürgerrechte. Und vergangenen Juni zeichneten ihn die Elektrizitätswerke Schönau als «Stromrebell 2024» aus.

Sein Foto prangt auf dem Cover seiner beiden Bücher (das zweite wird erst in den nächsten Monaten erscheinen). Aber er will auch unerkannt bleiben, oder besser: unbehelligt. Unbehelligt von Rechten jedenfalls. «Je kleiner der Ort, desto weniger Schutzräume gibt es», sagt er. Deshalb ist er aus Zwickau weggezogen. Deshalb überlegt er, seinen Namen vom Klingelschild zu streichen. Wenn in der Nachbarschaft rechte Schmierereien auftauchen, denkt er kurz, dass es wegen ihm ist.

«Das haben sie geschafft», stellt er fest und meint die Rechten und Rechtsextremen, «dass wir über Abwehrkämpfe reden und nicht über unsere eigentlichen Ziele.» Über Klimaschutz und wie man ihn erreicht, über die Chancen, die er bietet, auch wirtschaftlich, über Bündnisse, die man für ihn schmieden könnte. «Sie haben es geschafft, dass es nur noch um sie geht.»

Zwickauer Flüchtlingshilfe

Zwickau, eine Stunde südlich von Leipzig, ist mit knapp 90.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die viertgrößte Stadt Sachsens. Die sanierten Altbaufassaden in der Innenstadt leuchten in bunten Farben, die Arbeitslosenquote liegt im Juli 2024 mit 5,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Bei der Kommunalwahl im Juni 2024 steigerte die AfD, deren Landesverband der sächsische Verfassungsschutz als «gesichert rechtsextremistisch» einstuft, ihr Ergebnis um 50 Prozent und stellt nun als stärkste Fraktion 16 der 48 Stadträtinnen und Stadträte. Zudem errangen die offen

rechtsextremen «Freien Sachsen», laut Landesamt für Verfassungsschutz erpicht darauf, «die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer zentralen Wesenselemente zu beseitigen», ein Stadtratsmandat. Zwickau ist auch die Stadt, in der sich Anfang des Jahrtausends die terroristische Vereinigung «Nationalsozialistischer Untergrund» (NSU) fast zehn Jahre lang verstecken und ihre rassistischen Morde planen und vorbereiten konnte. Selbst das haben manche hier schon verdrängt.

Jakob Springfeld, der inzwischen in Halle an der Saale Politologie und Soziologie studiert, kommt 2002 zur Welt. Seine Eltern sind damals schon in der Kirchengemeinde aktiv, engagieren sich in der Flüchtlingshilfe. Die fünfköpfige Familie lebt in einem Reihenhaus in einer ruhigen Ecke Zwickaus. Es ist ein behütetes Zuhause, mit Johann Sebastian Bach und Michael Jackson, deren Musik Jakob auf seiner Trompete spielt, er nimmt sogar an «Jugend musiziert» teil. Oft nehmen ihn seine Eltern zu Treffen mit Geflüchteten mit. Er freundet sich mit einem aus Afghanistan geflohenen Jungen an. Es ist die Zeit, in der die «Pegida» in Dresden Tausende auf die Straße bringt, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Auch in Zwickau gibt es Aufrufe zu «Spaziergängen», denen etliche Bürgerinnen und Bürger folgen. Bald treten Rechtsextreme an die Mikrofone, bekommen Applaus. Jakobs Vater nimmt ihn zu Gegenprotesten mit. Am Rande des Platzes halten sie ein selbst gemaltes Plakat hoch: «Stell dir vor, du brauchst Asyl, und (k)einer hilft dir!» Jakob, damals 13 Jahre alt, beginnt, sich zu politisieren. In der Schule organisiert er Fußballspiele mit den Geflüchteten und Hausaufgabenhilfe für sie. Seine Strickjacken tauscht er gegen einen «Refugees welcome»-Kapuzenpulli, den er sich im Internet bestellt. Es dauert nicht lange, bis er wegen diesem auf offener Straße angepöbelt wird.

Springfeld lernt «das hässliche Zwickau» kennen, wie er es nennt. Die Aufkleber rechtsextremer Parteien an den Laternenmasten, die Hakenkreuze, die «Juden raus»-Schmierereien, die Anfeindungen, denen auch sein afghanischer Freund regelmäßig ausgesetzt ist. Leute aus Zwickau, die sich schon länger öffentlich gegen rechts positionieren, warnen ihn: «Pass auf dich auf, Jakob!» Doch noch geht er unbekümmert feiern.

Das progressive Potenzial

2018 sorgt eine schwedische Schülerin mit ihrem «Skolstrejk för klimatet» für Aufsehen. Die provokative Aktion findet schnell überall auf dem Globus Nachahmung. An einem Freitag Anfang 2019 wollen auch in Chemnitz, der von Zwickau aus nächsten Großstadt, Schülerinnen und Schüler die Schule schwänzen und für Klimagerechtigkeit und Klimaschutz auf die Straße gehen. Jakob Springfeld ist elektrisiert. Spontan beschließt er mit einer Freundin, mit möglichst vielen Menschen zur «Fridays for Future»-Demo in die Nachbarstadt zu fahren. Eine Woche bleibt ihnen, um Mitdemonstrierende zu gewinnen und Aktionsmaterial zu basteln. Am Freitagmorgen, vor der Abfahrt, treffen sich 300 Menschen am Bahnhof.

»DAMALS DACHTE ICH, GEGEN KLIMASCHUTZ KANN DOCH KEINER WAS HABEN.«
JAKOB SPRINGFELD, «SCHÖNAUER STROMREBELL 2024»

Auch in Zwickau, das ist Jakob Springfelds Eindruck, gibt es «ein riesiges progressives Potenzial». Er hat sein neues Thema gefunden. Mit einem weiteren Freund gründet er die Zwickauer Ortsgruppe von «Fridays for Future» und die der Grünen Jugend initiiert er mit. «Damals dachte ich, gegen Klimaschutz kann doch keiner was haben», sagt Springfeld. Bis zu dem Tag, an dem «Fridays for Future» in Zwickau selbst auf die Straße geht. Da stellen die Rechten eine Gegenaktion auf die Beine: «Roastern for Future», mit Bratwurstgrills, «NSU»-Keks und einem lärmenden Dieselgenerator, den sie extra laufen lassen – nicht, weil sie den Strom für irgendwas brauchen, sondern wegen des Diesels, den dieser verbrennt.

Springfeld ist nicht nur zum lokalen Frontmann der Bewegung geworden. Auch bei so ziemlich jedem anderen linken Protest in Zwickau und Umgebung mischt er mit – und das oft in vorderster Reihe. Als er bei einem der Proteste bemerkt, dass ein Mann ihn aus einem Auto heraus fotografiert, geht er näher, schaut durch die offene Scheibe ins Wageninnere. Klick, klick, noch ein Bild. Wenig später taucht das «Porträtfoto» im bei Rechtsextremen beliebten russischen sozialen Netzwerk «VKontakte» auf, inklusive übler Hasskommentare.

Sein Gesicht ist nun bekannt, die Jagd auf ihn eröffnet. «Das war einer der Momente, in denen wir gecheckt haben, wie ernst das ist, und dass man das nicht weglächeln sollte», erzählt Springfeld. Rechte werden ihn in der Folge auf offener Straße am Kragen packen, bedrohen und bespucken. In einem Club gehen sie auf ihn los, schubsen ihn und brüllen ihn an, nur mit Glück entkommt er. Einige Wochen später taucht ein Neonazi, Kader der rechtsextremen Partei «Der Dritte Weg», der wegen Körperverletzung und versuchter Brandstiftung vorbestraft ist, vor dem Haus seiner Eltern auf. Am Briefkasten hinterlässt er einen Aufkleber «Good Night Left Side», darauf ein Stiefel, der einen Antifa-Stern wegstreift.

Mit der Angst umgehen

Jakob Springfeld hat aufgehört, seine Angst zu negieren oder zu verdrängen. Sie ist da. Sie bedrückt ihn, macht ihm zu schaffen. Sie kommt wieder, kaum ist er in Zwickau. Er kann sich dort nicht frei bewegen. Es gibt dunkle Momente, in denen er sich in lähmenden Gedanken verheddert. Ab und an nimmt er therapeutische Hilfe in Anspruch. Er muss umgehen mit der Angst. Alle, die sich in Zwickau und den vielen anderen Orten, in denen ein solches Klima herrscht, politisch gegen rechts positionieren, die für Klimaschutz protestieren, die sich für progressive Politik engagieren, müssen damit umgehen. Denn sie werden zur Zielscheibe der Rechtsextremen. «Es ist kein Zeichen von Schwäche, Angst zu haben oder nicht mehr allein durch Zwickau zu laufen», sagt Springfeld. Es gehe darum, sich nicht lähmen zu lassen. «Angst bedeutet nicht Ohnmacht.»

Mit Freunden hat er, noch zu Zwickauer Zeiten, die Notruf-Gruppe «SOS-Fascho-Alarm» auf Facebook eingerichtet, mit Zahlencode für verschiedene Alarmstufen. Alarmstufe 1 bedeutet: «Neonazis gesichtet», 2: «Ich bin womöglich in Gefahr», 3: «Holt mich so schnell es geht hier raus!» Alle Stufen mussten sie schon ausrufen.

Lesung unter Polizeischutz

Jakob ist ein geübter Gesprächspartner. Man merkt, dass er seine Erlebnisse und Gedanken schon oft formuliert hat. In «Unter Nazis», dem Buch, das er 2022 zusammen mit dem Journalisten Issio Ehrich verfasste, hat er sie aufgeschrieben. Wenn er

Episoden daraus erzählt, nennt er manchmal die Seitenzahl dazu. Für den Fall, dass man es noch genauer nachlesen will.

Das Buch – Untertitel: «Jung, ostdeutsch, gegen rechts» – hat ihn bundesweit bekannt gemacht. Er wird eingeladen, zu Lesungen, Vorträgen, Diskussionen, Interviews. Rund 150 Veranstaltungen in ganz Deutschland hat er bereits absolviert, in Gemeinde- und Kulturzentren, Gewerkschaftshäusern, Schulen, 50 weitere sind schon terminiert. «Es endet nicht.» Wobei es in Ostdeutschland viel schwieriger sei, an Schulen zu lesen, als in Westdeutschland, sagt er. Weil es hier oft Neonazis oder Rechte an den Schulen gebe, in der Schüler- und Elternschaft, und die Schulen keinen Stress wollten. «Jedes politische Bekenntnis steht gleich unter Indoktrinationsverdacht», ist seine Erfahrung, mit der absurden Folge: «Keiner traut sich zu sagen, dass er nicht rechts ist.»

In seinem Buch beschreibt er die Repression und Gewalt, die von den Rechten und Rechtsextremen ausgeht. Es sind eigene Erlebnisse, Fakten, von juristischer Seite geprüfte Aussagen. Dennoch kann etwa jede zehnte Lesung nur mit Security oder unter Polizeischutz stattfinden. In Teicha bei Halle wird der Heimatverein, der die Veranstaltung organisiert, im Vorfeld bedroht. In Bautzen rufen die vom Veranstalter bestellten Security-Leute die Polizei, weil ein Dutzend teils verummter Nazis vor der Tür steht. Schon die An- und Abreise des Publikums wird so zum Problem. «Man braucht Autogemeinschaften, damit niemand alleine nach Hause fahren muss», sagt Springfield. Inzwischen redet er bei solchen Veranstaltungen auch über seine Ängste. Häufig – und nicht nur in ostdeutschen Gemeinden – melden sich dann Personen aus dem Publikum mit ähnlichen Erfahrungen zu Wort. Das sei oft «erst bedrückend, dann schaurig-schön». Weil das darüber Reden helfe, die Last zu tragen. Weil alle merkten: Man ist nicht allein. Und immer wieder schreiben ihm Menschen Wochen später, dass sie jetzt aktiv geworden sind.

Klimaschutz oder Antifa?

Das Gefühl, dass es mehr Rechte als solidarische Demokratinnen und Demokraten gebe, komme vielleicht auch daher, dass zu viele schwiegen, vermutet Springfield. Deshalb sei es wichtig, den demokratischen Stimmen mehr Gehör zu verschaffen – und die bereits bestehenden, aber oft kleinen Initiativen vor Ort zu unterstützen. Mit einem Kumpel hat er deshalb die «Solidarische Vernetzung Sachsen» ins Leben gerufen: einen Zusammenschluss von rund 20 Initiativen aus kleinen Orten und aus Städten wie Leipzig, wo es eine große linke Szene gibt. In einem Online-Plenum diskutieren sie alle zwei Wochen, wie sie sich gegenseitig unterstützen können.

»DEMOKRATIEPROTEST IST AUCH EINE ART KLIMASCHUTZ.«

JAKOB SPRINGFELD, STUDENT, AKTIVIST UND AUTOR

Im Vorfeld der Landtagswahl haben sie die «Lila Welle» losgetreten: sechs Demos gegen rechts, in Waldheim, Plauen, Bautzen, Grimma, Zwickau und Pirna, Zeichen für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit, jedes Wochenende eine. Organisiert von lokalen Initiativen, unterstützt von Bussen aus Leipzig, Dresden und Berlin. Parallel dazu ist eine Workshop-Tour geplant. Sie soll «Organizational Skills» vermitteln, «damit sich was etablieren kann». Starthilfe für eine Gegenmacht gegen rechts.

«Demokratieprotest ist auch eine Art Klimaschutz», sagt Jakob Springfeld. Rechte Parteien leugneten die Klimakrise, wollten Klimaschutzmaßnahmen zurückdrehen und sabotieren. Und die Anfeindungen der Rechten verhinderten an vielen Orten inzwischen klimapolitisches Engagement. Proteste für die Demokratie seien daher die Voraussetzung für wirksamen Klimaprotest: Erst wenn der demokratische Freiraum existiere, könne man wieder eigene Themen setzen.

Bei den «Fridays for Future» in Zwickau haben sie damals ziemlich bald intensiv diskutiert, inwieweit der Kampf gegen rechts auch Thema bei den Protesten für Klimagerechtigkeit sein soll, darf oder sogar muss. Die nächste «Fridays»-Demo wurde dann von zwei Transparenten angeführt. «Klimaziel 1,5° einhalten», lautete das eine. Das andere: «Klimaschutz heißt Antifaschismus». Das habe auch andere Leute angesprochen, so die Erfahrung von Springfeld. «Es hat uns stärker gemacht, dass wir uns so positioniert haben.»

Viele, die heute für Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen, haben früher Klimaproteste gemacht. «Wir sind die Brandmauer», sagt Springfeld. Doch die Klimakrise warte nicht. Man könne das Klimathema nicht dauerhaft hintanstellen. Er will den Schwung der jüngsten Proteste nutzen, will breite, «progressive» Bündnisse schmieden, die Klimaschutz- und Demokratieprotest zusammen denken. Auf den «Lila Welle»-Demos spricht er vom Klimageld, das immer noch nicht eingeführt sei, und davon, dass vor allem Menschen mit geringerem Einkommen besonders davon profitieren würden. Dass der Kampf gegen die rechte Hegemonie alles andere überlagere, sagt er, «das darf nicht der Normalzustand sein».

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.